



Girls` Day 2013 im Bundestag: Wir suchen Dich!

Auch in diesem Jahr lädt die SPD am **25. April zum Girls` Day nach Berlin** ein. Insgesamt 60 Mädchen haben einen Tag lang die Möglichkeit, den Arbeitsalltag der Bundestagsabgeordneten mitzuerleben und uns über die Schulter zu schauen. Außerdem gibt es ein Planspiel zu Gesetzgebung .

Ich suche also ein Mädchen aus Darmstadt und Umgebung, das politisch interessiert ist und Lust hat, mich einen Tag lang im Bundestag zu begleiten! Wer Interesse hat und die 9. oder 10. Klasse besucht, kann sich in meinem Berliner Büro melden.

Die Kosten für die Anreise (am Vorabend) mit dem Zug und eine Übernachtung in Berlin übernehme ich.

Interessierte melden sich im Berliner Büro: Tel. 030 - 227 74099 oder per Mail: brigitte.zypries@bundestag.de.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

12. März 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

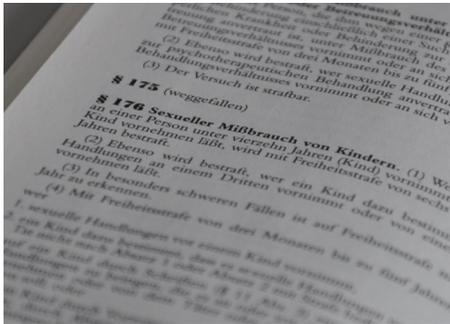
heute Nachmittag hat Gerhard Schröder zum ersten Mal seit 2005 in der SPD-Bundestagsfraktion gesprochen. Aus Anlass von 10 Jahren „**Nein zum Irakkrieg**“ erzählte er „aus dem Nähkästchen“: Deutschland hat vor zehn Jahren eine eigenständige Bewertung der internationalen Lage vorgenommen und eine klare Entscheidung getroffen: Der Angriff auf den Irak war kein Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern führte zur Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Während wir nach den Anschlägen vom 11. September zur Solidarität bereit waren, um dem Terror zu begegnen, verweigerten wir unsere Zustimmung zu einem Krieg, der mit der falschen Behauptung einsatzbereiter Massenvernichtungswaffen begründet wurde. Deutschland hat richtig entschieden und seine Entscheidung auch gegen großen Druck aufrecht erhalten. Schröder hat auch auf das Schwanken der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel hingewiesen, die schon damals nicht in der Lage war, eine eindeutige Haltung einzunehmen und sich in den USA dann offen gegen den damaligen Bundeskanzler stellte als sie sagte: Schröder redet nicht für alle Deutschen.

In dieser Woche jährt sich zugleich die **Agenda 2010** der rot-grünen Bundesregierung. Auch in dieser Frage zeigte sich der Mangel an Urteilsvermögen von Angela Merkel, die auf Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 antwortete: „Ein großer Wurf war das nicht.“ Wenn man sich die Bilanz ihrer eigenen Regierung heute anschaut, ist das doppelt dreist. Wenn die SPD damals so mutlos und ziellos regiert hätte wie Angela Merkel heute, stünden wir jetzt in einer Reihe mit Italien, Frankreich und Spanien vor deutlich größeren Problemen inmitten der Eurokrise.

Jetzt aber, 10 Jahre nach Beginn der Reformen, gilt **Deutschland als Vorbild in Europa**.

Aus dem warmen und trockenem Bundestag :-)) grüße ich herzlich.

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Sexueller Missbrauch von Kindern

Vielleicht haben Sie die Berichte auch in Darmstadt gelesen: Im November des letzten Jahres wurde an der Charité Berlin ein Pfleger beschuldigt, eine minderjährige Patientin sexuell missbraucht zu haben. Damals wurde ich gebeten, den Vorsitz eines Expertengremiums zu übernehmen, das die internen Strukturen der Charité untersuchen sollte. Wir sollten herausfinden, warum so etwas möglich war und was innerhalb des Krankenhauses verändert werden muss, um solche Ereignisse in der Zukunft zu verhindern. Heute haben wir unseren Abschlussbericht mit den Empfehlungen an die Charité übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Neben zahlreichen Vorschlägen zur Personalführung schlagen wir unter anderem vor, dass von Mitarbeitern, die mit Kindern arbeiten, ein erweitertes Führungszeugnis einzufordern ist und dass die Charité eine Whistleblower-Software einführt, über die Vorfälle anonym gemeldet werden können. Den ganzen Bericht finden Sie [hier](#).

Auch im Bundestag ist sexueller Missbrauch diese Woche Thema: Am Donnerstagnachmittag stehen Gesetzesänderungen auf der Tagesordnung, die die Rechte von Missbrauchsopfern stärken sollen.

Bei Kindesmissbrauch beginnt die Verjährung erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahres des Opfers. Denn kindliche und minderjährige **Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch sind oft erst nach sehr langer Zeit in der Lage, über das Erlebte zu sprechen und Anzeige zu erstatten**. Die Opfer leiden zwar häufig ein Leben lang unter den Folgen dieser Taten, der Missbrauch wird in der Regel jedoch als so bedrohlich empfunden, dass die Opfer lange Zeit nicht in der Lage sind, sich mit dem Erlebten auseinanderzusetzen und Anzeige zu erstatten.

Die Bundesregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Frist vom 18. auf das 21. Lebensjahr verlängern will. Die Grünen wollen die Frist bis zum 25. Lebensjahr verlängern. Wir meinen: Weil die Opfer traumatisiert sind, wenden sie sich wesentlich später an die Ermittlungsbehörden, als das bei anderen Straftaten der Fall wäre – oft erst nach Jahrzehnten. Dann sind die Taten schon verjährt. **Deshalb will die SPD in ihrem Gesetzentwurf die Verjährungsfrist auf 20 Jahre verlängern. So könnte der Missbrauch bis zum 50. Lebensjahr des Opfers verfolgt werden.**

Jeder der drei Gesetzentwürfe verbessert die Situation der Opfer. Weil aber unserer die Rechte der Opfer am besten stärkt, werde ich für diesen stimmen.

Arbeiten - UND leben. Aber wie?

Diskutieren Sie mit!

Über unsere Beteiligungsplattform Adhocracy können Sie Ihre Ideen und Vorschläge direkt einbringen und mit der SPD-Fraktion und anderen Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

In den nächsten zwei Wochen geht es dort um die Arbeitswelt von morgen:

- 1) Können Frauen immer noch nicht alles haben – beruflichen Erfolg UND ein erfülltes Familienleben?
- 2) Wie muss eine neue Arbeitswelt aussehen, damit wir neben dem Arbeiten auch noch Zeit für Familie, Ehrenamt, Weiterbildung, Freizeit haben?

Vorschläge können nach einer einfachen Registrierung auf unserer Debatteplattform eingereicht werden.

Die Adresse der Beteiligungsplattform lautet: <http://debatten.spdfraktion.de/>

Kommentiert werden kann auch in unserem [Fraktionsblog!](#)



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
S. 2: Roman Laas
S. 3: privat

Zwei Jahre nach Fukushima – was haben wir gelernt?

Zwei Jahre sind seit der Atomkatastrophe von Fukushima vergangen. Und weiterhin ist das Engagement der Bundesregierung für eine Energieversorgung ohne Atomenergie mangelhaft. Dies betrifft sowohl die nationale als auch die europäische und internationale Ebene. **Am Freitagvormittag gibt es im Bundestag noch einmal eine große Debatte über Atomkraft.** Wir tragen mit mehreren Anträgen zur Diskussion bei: Unter anderem fordern wir die Bundesregierung auf, am Atomausstieg festzuhalten. Gemeinsam mit den Bundesländern soll der Katastrophenschutz für schwere Atomunfälle verbessert werden. Die Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke müssen überprüft werden. Wir wollen auch, dass in Verhandlungen mit den Nachbarländern darauf hingewirkt wird, grenznahe AKWs abzuschalten und dass es in der EU ein einheitliches Atomhaftungsrecht gibt.

Die SPD fordert: Hermesbürgschaft für Atomkraftwerk Angra 3 verhindern!

Viele Menschen aus Darmstadt und dem Landkreis haben sich im vergangenen Jahr an der Protestaktion gegen Hermesbürgschaften für ein brasilianisches Atomkraftwerk beteiligt und mir und anderen Abgeordneten geschrieben – also kommt Ihnen das Thema vielleicht bekannt vor: **Die Bundesregierung will eine Hermesbürgschaft von über 1,3 Mrd. Euro zum Bau des umstrittenen brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 vergeben.** Dabei gibt es nicht einmal mehr eine deutsche Unternehmensbeteiligung. Außerdem kommen unabhängige Gutachten zu den Risiken von Angra 3 zu dem Urteil, dass der Standort ungeeignet für den Bau eines weiteren Reaktors ist.

Deutschland hat sich 2011 mit breiter parlamentarischer Mehrheit für einen Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. Dennoch fördert die Bundesrepublik Deutschland die Nutzung und den Ausbau der Atomtechnologie in anderen Ländern. Das ist nicht nur inkonsequent, sondern auch unverantwortlich. **Die SPD fordert jetzt in einem Antrag die Bundesregierung auf, die Hermesbürgschaft für Angra 3 nicht zu gewähren.** Hermesbürgschaften sollen überhaupt nicht mehr für Nukleartechnologien oder Technologien für den Bau von Kernkraftwerken vergeben werden dürfen. Die Hermes-Umweltleitlinien sollen wieder in Kraft gesetzt werden. **Ich finde: Wenn der Atomausstieg ernst gemeint ist, muss die Exportförderung von Atomtechnologie umgehend beendet werden.**

Die gesamte Diskussion zur Atomenergie können Sie am Freitag [hier](#) oder auf Phönix ab voraussichtlich 10.45 Uhr live verfolgen.